Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post viertelj. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. inkl. Zustellungsbeitrag. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: à Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger“ und „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf.) Inseraten- und Abonnements-Annahme in der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49 und deren Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Prinzenstraße 41; Rathenower Straße 3; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurter Straße 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstraße 69; Wiener Straße 1/6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Straße 27; Badstraße 55; Charlottenburg, Tauentzienstraße 2, Kantstraße 34, Scharrenstraße 39; Frankfurt a. O., Regierungsstraße 5; Friedenau-Steglitz, Rheinstraße 39; Groß-Lichterfelde-West, Carlstraße 1/2; Halensee-Grunewald, Henriettenplatz; Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129; Neukölln, Berliner Straße 41; Pankow, Bornholmer Straße 1; Potsdam, Brandenburger Straße 23; Schöneberg, Hauptstraße 23/24, Martin-Luther-Straße 9; Spandau, Breite Straße 47; Tegel, Berliner Straße 90; Weißensee, Berliner Allee 28; Wilmersdorf, Uhlandstraße 98/99.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 135. 41. Jahrgang

Donnerstag 14. März 1912

Das Zentrum und der Gnadenfonds des Kaisers.

Von [Nachdruck verboten.]

Georg Wolf (Straßburg), Mitglied der Zweiten Kammer.

Unsere neue Zweite Kammer, die jetzt mitten in der Beratung des Budgets steht, hat sich zunächst außerordentlich vorteilhaft eingeführt. Sie hatte sich eine neue Geschäftsordnung zu geben, und sie hat bei der Durchführung dieser Aufgabe ein parlamentarisches Solidaritätsgefühl bewiesen, das sich nicht allzu häufig findet. Zwischen den verschiedenen Fraktionen ergab sich volle Uebereinstimmung darüber, daß in der Geschäftsordnung alle verfassungsmäßig möglichen Rechte der Regierung gegenüber sichergestellt und zugleich mit allen in den meisten parlamentarischen Geschäftsordnungen sich noch findenden Fiktionen (Wahl der Kommissionen durch ausgeloste Abteilungen) gebrochen werden müsse. So ist von den Fraktionen und dem Seniorenkonvent in der Geschäftsordnung die Rede, die Zahl als Mindestziffer für eine Fraktionsbildung festgesetzt, den Fraktionen eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den Kommissionen sowie ein weitgehendes Stellvertretungsrecht eingeräumt, das sich gerade bei der Budgetberatung vortrefflich bewährt hat. Die Fragen, deren Lösung dem alten Reichstag nicht gelungen ist, sind spielend geregelt worden, und es schmeichelt unserem jungen parlamentarischen Selbstbewußtsein, wenn wir feststellen können, daß die Geschäftsordnungskommission des Reichstags auf unser Vorbild zurückgreift, um das Interpellationsrecht auszubauen und die kleinen oder kurzen Anfragen an die Regierung einzuführen. Sogar das preußische Abgeordnetenhaus zeigt Neigung, von dem demokratischen Südland zu lernen, während Baden entschlossen daran geht, seine reichlich verrottete Geschäftsordnung im Stile des Nachbarlandes umzubauen.

Sie hat auch bis jetzt zur allseitigen Zufriedenheit funktioniert, obwohl sie recht schneidig von dem Nachfolger des Herrn v. Jaunez, dem Zentrumsmann Dr. Ricklin, gehandhabt wird, der im Ruf zur Sache wohl von keinem Parlamentspräsidenten übertroffen wird. Ein schärferer Kontrast zwischen dem alten und dem neuen Regime, als er hier zutage tritt, ist kaum denkbar; er läßt sich im übrigen fast überall nachweisen, und es ist gut, daß dem so ist.

Die Generaldebatte des Etats wies zum erstenmal eine bestimmte Ordnung auf; eine dreifache Garnitur von Fraktionsrednern trat auf den Plan, in vorbestimmter Reihenfolge — Zentrum, Sozialdemokraten, Liberale, Lothringer —, die auch bei der ersten Lesung von Gesetzentwürfen und Anträgen eingehalten werden soll und der Willkür der Personalpolitik ein für allemal ein Ende bereitet. So ist denn auch die Zahl der Wilden auf zwei zusammengeschmolzen, mit der Macht und Herrlichkeit der Unabhängigen, das ist des Notabelntums, ist es aus. Die politische Ausbeute dieses ersten politischen Turniers war nicht allzu groß. Man beroch sich noch mit einer gewissen Vorsicht gegenseitig und nahm vor allem der Regierung gegenüber eine ziemlich zurückhaltende Stellung ein. Der partikularistische Gedanke wurde nicht zuletzt auf der rechten Seite stark betont. Die Regierung war noch zurückhaltender und sprach nur eine Art Schlußwort, in dem sie erklärte, mit allen Parteien arbeiten zu wollen, sogar mit der Sozialdemokratie, obwohl diese im voraus schon ankündigen ließ, daß sie der Regierung das Budget verweigern werde, einmal aus Prinzip und dann, weil sie ihr nicht passe. Eine Verbeugung vor den Radikalen, durch die im übrigen das Feld frei wurde für die positive Mitarbeit im einzelnen, die auch der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokraten erst den rechten Inhalt gibt.

Das Zentrum stellte die Kritik der Kassierungsurteile des Oberlandesgerichts in den Vordergrund der Debatte — grob durch den Abgeordneten Hauß, sehr zahm-akademisch durch den Theologieprofessor Müller —, wobei es ihm weniger auf die theoretische Verwahrung gegen die Einschränkung und Einschätzung der amtlichen geistlichen Wahlbeeinflussung als auf deren agitatorische Ausbeutung ankam. Das Ergebnis der Neuwählen hat denn auch gezeigt, daß man auf diesem Wege den politischen Einfluß der Priester nicht brechen kann. Die kassierten Klerikalen wurden alle wiedergewählt, und zwar mit größerer Stimmenzahl als das erste Mal.

Ein agitatorisches Moment ist es auch zunächst, das das Zentrum verleitet hat, bei der Budgetberatung in der Kommission zwei Positionen abzulehnen, bei denen sich der frühere Landesausschuß niemals ernstlich aufgehalten hatte, den Geheimfonds der Polizei (44 000 Mark) und den Gnadenfonds des Kaisers (100 000 Mark). Die Sozialdemokratie stimmte natürlich von vornherein gegen diese Positionen, dort aus moralischer Entrüstung heraus, hier vom republikanischen Standpunkt aus. Um sich von den Sozialdemokraten an „Männerstolz vor Königsthronen“ nicht übertreffen zu lassen, schloß sich das Zentrum, die „staatserhaltende Partei“, den „staatsauflösenden Umstürzlern“ an, mit denen taktisch zusammengegangen zu sein, es uns Liberalen in pharisäischem Brustton kurz zuvor zum Vorwurf gemacht. Es rechnete aber gleichzeitig damit, daß die Liberalen ihr politisches Verantwortlichkeits- und Taktgefühl Augenblickserfolgen zuliebe nicht verleugnen würden, und hoffte von unserer antidemagogischen Haltung zu profitieren. Neben diesem für eine Partei mit christlichen Idealen recht kompromittierenden Durchschlagen des Agitatorischen ist aber ein zweites Moment für diese Haltung bestimmend gewesen, das auch die Lothringer mitgerissen hat: der Aerger über die Regierung, die beiden Parteien keine erkennbare Wahlhilfe geleistet, ihre Beamten in ihrer Wahlfreiheit nicht eingeengt und sich auch dem Wahlabkommen zwischen uns und den Sozialdemokraten gegenüber streng neutral verhalten hat. Man will die Regierung seine Macht fühlen lassen und sie womöglich stürzen, um gefügigere Werkzeuge an ihre Stelle zu bringen, oder sie wenigstens mürbe machen. Diese bayerische Methode verrät einen Mangel an politischem Augenmaß, der das Zentrum in eine nicht gerade beneidenswerte Lage gebracht hat. Es weiß heute, daß die Aufrechterhaltung dieser Streichungen den Konflikt bedeuten, eine budgetlose Zeit einleiten würde. Einen hohen Mangel an Takt offenbarte schon das Vorspiel zu dieser, sagen wir einmal, Tragikomödie, die Streichung des Fonds für die Unterhaltung der Kaiserjagd. Gewiß hat es im ganzen Volke seltsam berührt, daß der Kaiser niemals in jenem sorgsam gehegten und umgitterten Gebiet gejagt hat, aber es hätte sich wohl, ohne daß sich das Parlament etwas vergeben hätte, ein Weg gefunden, um ohne brutale Streichung zum gleichen Ziel, zum Verzicht des Kaisers auf diese Jagd, zu kommen. Nun hat der Kaiser noch vor der Abstimmung im Plenum verzichtet: trotzdem leitete der Zentrumsführer Dr. Schott eine breite Debatte über die Frage ein, wo außer den Liberalen auch die Sozialdemokraten sich gedrungen fühlten, auf das Deplacierte der Erörterung hinzuweisen.

Beim Gnadenfonds steht es nun so, daß dieser Fonds der einzige ist, über den der Kaiser, der als mit Ausübung der Staatsgewalt Beauftragte nichts bezieht, von sich aus unter Verantwortung des Ministeriums verfügen kann. Er verwendet ihn zumeist zur Unterstützung von Witwen und Hinterbliebenen von Beamten. Seine soziale Zweckmäßigkeit haben sogar die Sozialdemokraten anerkannt, indem sie die erwähnte Zweckbestimmung in ihren Antrag (sie wollten den Gnaden- und den Dispositionsfonds des Statthalters zunächst zu Teuerungszulagen für Unterbeamte und Hilfsarbeiter verwendet haben), mit aufnahmen. Sie gingen aber noch weiter, sie erkannten ausdrücklich die Haltung der Liberalen als konsequent an, die einem Gnadenfonds gegenüber nach dem Vorbild des Reichstags, wo es sich um drei Millionen handelt, praktisch (nicht grundsätzlich) auf das Kontrollrecht im einzelnen verzichteten, und warfen dem Zentrum, das im Prinzip den Gnadenfonds nicht beanstandete, Inkonsequenz — Bosheitspolitik — vor. Es ist klar, daß der Kaiser, von dessen Gesinnung uns gegenüber die gegen die Konservativen durchgesetzte Verfassungsreform für jeden Vorurteilslosen beredtes Zeugnis ablegt, das Bestehen auf der Kontrolle und die nach ihrer Verweigerung erfolgte Streichung als eine Brüskierung — Unfreundlichkeit ist zu schwach — empfinden muß, und die Position der Regierung durch diese Kraftprobe, zu der sich die Lothringer mit haben verlocken lassen, nicht geschwächt, sondern gestärkt worden ist.

Was den Polizeifonds betrifft, so verträgt er vielleicht einen Abstrich, aber keine moralische Beurteilung. Mit Korruptionsfonds und Reptilienfonds und anderen Wertbezeichnungen ist die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß keine Regierung in unserem Grenzland — auch eine klerikale nicht, diese vielleicht weniger als eine andere — ohne einen solchen Fonds auskommen kann. Schon die Notwendigkeit der Gegenspionage, die nicht gut der parlamentarischen Debatte unterstellt werden kann, begründet die Notwendigkeit eines solchen Fonds. Sollte das Zentrum das nicht auch wissen?

Wir entnehmen dem allen, daß das Zentrum sich mit der Regierung messen will, und sehen als unbeteiligte Minderheitspartei dem sich entwickelnden Schauspiel in aller Ruhe zu. Die bürgerlichen Rechtsparteien wollen den Etat nach ihrem Sinn gestalten. Mögen sie es tun, sie überheben uns damit der Mitverantwortung und nehmen die volle Verantwortung allein auf sich. Das Land wird darüber zu urteilen haben, welche Politik in parlamentarischem Machtkitzel, welche in aufrichtiger Sorge um die Förderung seiner Wohlfahrt wurzelt.

Eine chinesische Milliardenanleihe?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 13. März.

Der Pekinger Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt aus ausgezeichneter Quelle, daß die Lage in der Mandschurei äußerst schwierig sei; der Vizekönig Tschaverhsün sei in Intrigen gegen Jüanschikai verwickelt. Weiter wird in Peking erzählt, daß, wenn die neue Regierung von den Mächten anerkannt sein wird, eine große Anleihe für die Kosten der Organisation des neuen Regimes von 1200 Millionen Mark aufgenommen werden soll. Festzustehen scheint auch, daß große Anstrengungen gemacht werden, den Partikularismus der Provinzen zu beseitigen, indem an Stelle der jetzigen Provinzen wieder die Reichseinteilung der früheren Zeit gesetzt werden soll. (Dagegen meldet das Reutersche Bureau aus London, daß die Konferenz der englischen, deutschen, amerikanischen und französischen Banken ihre Sitzungen beendet und beschlossen hat, für die dringendsten Bedürfnisse der Republik China zu sorgen, die Frage einer großen Anleihe jedoch in der Schwebe zu lassen, bis die Republik durch die Mächte anerkannt sein wird. Die Red.) — Die Ernennung Tangschaojis zum Ministerpräsidenten ist gestern erfolgt und Tangschaoji bereits nach Nanking abgereist, um sein Kabinett zu bilden.

Der Streik im Ruhrrevier.

Ruhe als erste Streikpflicht.

(Telegramm unseres Spezialberichterstatters.)

E. Essen, 13. März.

Zwei Fragen mußten vom Augenblick der Proklamierung des Streikes an die breite Oeffentlichkeit beschäftigen: ob dieser Ausstand, der kaum mit einem Drittel der Belegschaften begann, eine Ausdehnung gewinnen würde, und zum zweiten, ob dieser Lohnkampf die Regierung in die Notwendigkeit versetzen würde, schärfere Repressivmaßnahmen zu ergreifen. Die Hauptfrage, ja die eigentliche Frage dieser mächtigen Bewegung ist, ob und was durch sie erreicht werden wird, scheint vor der Hand wenigstens in den Hintergrund getreten zu sein. Nun, was die erste Frage betrifft, so ist sie durch das enorme Anwachsen der Zahl der Streikenden während der wenigen Tagen klipp und klar beantwortet worden. Was die zweite, für die Durchführung des Streiks überaus wichtige Frage anbelangt, ob es der Streikleitung gelingen wird, ihre jetzt nahezu eine Viertel Million zählende Armee in Ruhe und Ordnung zu halten, so darf man nach dem Verlauf der ersten Tage zu schließen, der Disziplin der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Ausständigen ein reichliches Maß von Vertrauen entgegenbringen, trotz der höchst bedauerlichen Zusammenstöße in Herne und Hamborn, wo es heute nachmittag wieder zu recht turbulenten Szenen gekommen ist. Es kann denn doch nicht entschieden genug davor gewarnt werden, den jetzt über das Ruhrrevier verbreiteten Meldungen über Ausschreitungen allzu große Bedeutung beizumessen. Hüben und drüben herrscht, wie man sich denken kann, eine nicht geringe Nervosität, und Vorkommnisse, die hier in diesen bunt zusammengewürfelten Arbeitermassen sonst zu den alltäglichen gehören, nehmen sich jetzt in der Gewitterstimmung so stark bedenklich oder wohl gefährlich aus.

Demgegenüber ist mir von einer Stelle, die mit den hiesigen Verhältnissen auf Grund ihrer langjährigen dienstlichen Erfahrungen auf das allerbeste vertraut ist, unumwunden erklärt worden, daß es um die persönliche Sicherheit im Ruhrbezirk heute auch nicht im geringsten schlechter bestellt sei als in den Tagen des größten Friedens. Denn an mancherlei Stürmen, so versichert mein Gewährsmann, dessen Urteil bei seiner dienstlichen Stellung zweifellos maßgebend ist, fehlt es in gewissen Bezirken niemals. In Schonnebeck und Rotthausen, wo ich selbst Zeuge des ruhigen Schichtwechsels gewesen bin, gehe es am ersten Tage nach der Lohnzahlung immer recht turbulent zu. Ja, es kommt in diesen genannten Orten fast nach allen Lohnzahlungen zu Zusammenstößen mit der Polizei, zu schweren Körperverletzungen und selbst zu Totschlägen. Aber gerade an den kritischen Tagen habe auf diesem als heiß gefürchteten Boden völlige Ruhe geherrscht. Auf welche Weise Tatarennachrichten entständen, auf welche Weise sie in unverantwortlicher Weise aufgebauscht und in die Welt gesprengt würden, beweise, so meinte mein Gewährsmann weiter, folgender Fall: Auf der Zeche Bondern kam ein Arbeiter 1½ Stunde später zum Schichtwechsel. Als Grund seiner Verspätung gab er an, Streikende hätten ihn unterwegs ergriffen und in die Emscher geworfen; er habe erst wieder nach Hause gehen und sich umziehen müssen. Die Zechenverwaltung forderte von der zuständigen Polizei stärkeren Schutz für ihre Arbeitswilligen. Die Angelegenheit wird genau untersucht, und ein Polizeikommissar stellt fest, daß der Mann, der in die Emscher geworfen sein wollte, seit mindestens zwei Stunden in der Kneipe gesessen hatte, um sich für seine Ausrede für sein Zuspätkommen zu stärken. Solche Fälle kämen in verschiedenen Varianten vor. Man müsse daher die Meldungen von Ausschreitungen im Ruhrrevier mit der größten Vorsicht aufnehmen.

Es wird ferner immer so viel über die Ansammlungen vor den Gruben und in den Zugängen zu den Gruben und vor den Grubenhöfen in die Welt telegraphiert. Aber wer die Verhältnisse kenne, der wisse, daß es eine althergebrachte Gewohnheit sei, daß beim Schichtwechsel stets eine große Menschenmenge vor den Gruben, darunter Frauen und Kinder, sich versammle, teils aus Neugierde, teils um Eltern oder Kameraden abzuholen. Hierzu gesellen sich dann immer noch Scharen Neugieriger, wie zum Beispiel auf den Kruppschen Werken, um 25 000 Mann ihren Abmarsch bewerkstelligen zu sehen. Im Essener Bezirk, der allerdings auf die polizeilichen Maßnahmen hin am besten gerüstet sei, sei nichts von Belang passiert. Alle diese mir freundlichst zuteil gewordenen Mitteilungen dürfen, wie noch einmal hervorgehoben werden soll, vollen Anspruch auf beste Informationen erheben.

Von der Streikleitung des Dreibundes werden alle Anstrengungen gemacht, die Ordnung mit allen Mitteln der Autorität, die ihr zur Verfügung stehen, aufrechtzuerhalten. Vom alten Verband ist heute eine Beschwerde an den Reichskanzler gerichtet worden, in der gegen das